Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung

Nr. 37/2010
77. Jahrgang
15. September 2010

DIW BERLIN

Wirtschaft Politik Wissenschaft www.diw.de

Wochenbericht

Auswanderungsabsichten: Deutsche Akademiker zieht es ins Ausland – jedoch nur auf Zeit Seite 2

Deutschland ist nicht nur Einwanderungs- sondern auch Auswanderungsland – vor allem für die Deutschen selbst. 2009 hat jeder Achte ernsthaft darüber nachgedacht, Deutschland den Rücken zu kehren – darunter viele junge Akademiker. Die Sorge, dass Deutschland seine Bildungselite an das Ausland verliert, ist zurzeit aber unbegründet: Die Mehrheit der hoch qualifizierten Auswanderer will nach einiger Zeit zurückkehren.

Von Elisabeth Liebau und Jürgen Schupp

„Ein *Brain Drain* ist nicht zu befürchten" Seite 10

Acht Fragen an Elisabeth Liebau

Staatliche Banken können schwache Bankenregulierung kompensieren Seite 11

Staatsbanken können die wirtschaftliche Entwicklung positiv beeinflussen – vor allem in Entwicklungsländern. Aber auch die Geldinstitute in Industrienationen profitieren von der staatlichen Obhut, wenn das Vertrauen der Bürger erschüttert ist.

Von Anja Shortland

Die Ökonomik der Bundeswehrreform Seite 20

Kommentar von Tilman Brück

Auswanderungsabsichten: Deutsche Akademiker zieht es ins Ausland – jedoch nur auf Zeit

Elisabeth Liebau
eliebau@diw.de

Jürgen Schupp
jschupp@diw.de

In der Diskussion um die Integration von Zuwanderern in Deutschland wird vielfach übersehen, dass Deutschland nicht nur ein Einwanderungsland, sondern in stärkerem Maße auch ein Auswanderungsland ist. Das gilt vor allem für die Deutschen selbst. So hat der Anteil der Deutschen an allen Auswanderern in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Von den fast 750 000 Menschen, die Deutschland im Jahr 2009 verlassen haben, besitzen 155 000 die deutsche Staatsangehörigkeit.

Nach den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) hat sich 2009 jeder achte Deutsche ernsthaft Gedanken um einen Umzug ins Ausland gemacht. Davon überlegt jeder Dritte, sein Heimatland für immer zu verlassen, und jeder Elfte denkt darüber nach, Deutschland innerhalb der nächsten zwölf Monate den Rücken zu kehren.

Vor allem bereits gesammelte Auslandserfahrungen sowie Freundschaften im Ausland spielen für die Wanderungsabsichten eine wichtige Rolle. Hochschulabsolventen ziehen häufiger einen zeitlich befristeten Fortzug vor. Die Sorge, dass Deutschland immer mehr Hochqualifizierte an das Ausland verliert, ist daher zurzeit nicht begründet.

Im Kontext des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels hat die Sorge an Bedeutung gewonnen, dass besonders die hoch qualifizierten Arbeitskräfte mit überdurchschnittlicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit Deutschland verlassen könnten.[1] Eine Reihe von Studien – unter anderem vom Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) – bestätigt den Befund, dass deutsche Auswanderer im Durchschnitt jünger und gebildeter sind als Auswanderer nicht deutscher Herkunft.[2] Personen mit Migrationshintergrund wandern hingegen eher bei fehlender Integration in den Arbeitsmarkt ab beziehungsweise zurück, oder wenn sie in den Ruhestand gehen. Der Sachverständigenrat für Integration und Migration führt in seinem aktuellen Jahresgutachten an, dass die starken Fortzüge auch schlicht Ausdruck einer insgesamt gestiegenen internationalen Mobilität sein könnten.[3]

2009: Negativer Wanderungssaldo erstmals geringer als in den Vorjahren

Im Jahr 2009 sind nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes rund 155 000 Deutsche aus Deutschland fortgezogen und im gleichen Zeitraum rund 115 000 Deutsche aus dem Ausland (wieder) zugezogen (Tabelle 1). Zwar wandern nach wie vor rund 40 000 Deutsche mehr aus als ein, gleichwohl hat sich der seit 2005 steigende negative Auswanderungssaldo erstmals wieder deutlich gegenüber dem Vorjahr verringert.

1 Vgl. hierzu Brücker, H.: Deutschland leidet unter einem Brain Drain. In: Wirtschaftsdienst, Heft 3/2010, 138–139.

2 Erlinghagen, M., Stegmann, T., Wagner, G.G.: Deutschland ein Auswanderungsland? Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 39/2009. Vgl. hierzu die jüngst erschienene Analyse zur internationalen Migration deutscher Staatsbürger, Ette, A., Sauer, L.: Auswanderung aus Deutschland. Wiesbaden 2010.

3 Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Einwanderungsgesellschaft 2010. Berlin 2010.

Tabelle 1

Aus- und Zu- oder Rückwanderung von Deutschen

	Zuzüge oder Rückwanderung	*Darunter:* Spätaussiedler	Fortzüge	Nettowanderung (einschließlich Zuzüge von Spätaussiedlern)	Nettowanderung (ohne Zuzüge von Spätaussiedlern)
1998	196 956	103 080	116 403	80 553	–22 527
1999	200 150	104 916	116 410	83 740	–21 176
2000	191 909	95 615	111 244	80 665	–14 950
2001	193 958	98 484	109 507	84 451	–14 033
2002	184 202	91 416	117 683	66 519	–24 897
2003	167 216	72 885	127 267	39 949	–32 936
2004	177 993	59 093	150 667	27 326	–31 767
2005	128 051	35 522	144 815	–16 764	–52 286
2006	103 388	7 747	155 290	–51 902	–59 649
2007	106 014	5 792	161 105	–55 091	–60 883
2008	108 331	4 362	174 759	–66 428	–70 790
2009[1]	**115 000**	**3 360**	**155 000**	**–40 000**	**–43 360**

1 Vorläufige Angaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Spätaussiedlerjahresstatistik 2009 des Bundesverwaltungsamtes. **DIW** Berlin 2010

Der Überschuss an Fortzügen Deutscher ist im letzten Jahr deutlich kleiner geworden, nachdem er zuvor vier Jahre in Folge gestiegen war.

Der Rückgang des negativen Wanderungssaldos der Deutschen ist nicht nur auf gegenüber 2008 geringere Fortzüge von Deutschen zurückzuführen, sondern auch auf die seit 2006 kontinuierlich steigenden Zuzüge von Deutschen, die nicht mehr von Spätaussiedlern dominiert werden.[4]

Gemäß der europäischen Verordnung Nr. 862/2007 müssen seit 2008 die Angaben zu Bevölkerung und Zuwanderung nach dem Geburtsstaat an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) geliefert werden. Erste Schätzungen zeigen, dass im Jahr 2008 der überwiegende Teil der deutschen Zuwanderer (68 Prozent) in Deutschland geboren und nach einem Auslandsaufenthalt wieder nach Deutschland zurückkehrte.[5] Weitere zwölf Prozent der zuziehenden Deutschen wurden im EU-Ausland geboren. Diese Befunde zeigen, dass ein Großteil der deutschen Auswanderer wieder in sein Heimatland zurückkehrt.

Über die Dauer des Aufenthalts der Ausgewanderten im Zielland und über die künftige Entwicklung von Auswanderungen liefert die Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes keine Informationen. Diese sind jedoch für eine Einschätzung der Bedeutung von Wanderungen für die künftige Bevölkerungsentwicklung in Deutschland wichtig. Untersuchungen dazu sind unter anderem mit dem SOEP des DIW Berlin möglich, weil Auswanderungsabsichten erfragt werden und – durch die wiederholte Befragung derselben Personen – deren Realisierung überprüft werden kann.

Jeder achte Deutsche plant auszuwandern – aber zwei Drittel wollen zurückkehren

Nach Ergebnissen des SOEP, beabsichtigte 2009 jeder achte Deutsche ins Ausland auszuwandern (Tabelle 2). Von den in Deutschland lebenden Ausländern hegt mehr als jeder Vierte Auswanderungsgedanken. Während von den wanderungsbereiten Deutschen dann lediglich 29 Prozent für immer ihrer Heimat den Rücken kehren wollen, beträgt dieser Wert bei den Ausländern 62 Prozent (Kasten).

Von den Personen mit Wanderungsabsichten gibt allerdings nur jeder Zwölfte an, bereits innerhalb der nächsten zwölf Monate auswandern zu wollen, das heißt nur rund ein Prozent der Bevölkerung hat konkrete Auswanderungswünsche. Damit ergibt sich für die deutschen Erwachsenen hochgerechnet ein Auswanderungspotential von gut 660 000 Personen für das zweite Halbjahr 2009 und das erste Halbjahr 2010.[6] Diese Zahl liegt um das Vierfache über den für 2009 registrierten 155 000 Fortzügen. Sie macht deutlich, dass zwischen konkreter Absicht und

4 Durch die Bereinigungen der Melderegister aufgrund der Einführung der Steuer-Identifikationsnummer fallen seit 2008 laut Statistischem Bundesamt die Fortzugszahlen aus Deutschland überhöht aus, jedoch kann der Umfang dieser Sondereffekte nicht quantifiziert werden. Pressemitteilung Nr. 185 des Statistischen Bundesamts vom 26. Mai 2010: Wanderungen 2009: wieder mehr Personen nach Deutschland zugezogen.

5 Mundil, R., Grobecker, C.: Aufnahme des Merkmals „Geburtsstaat" in die Daten der Bevölkerungs- und Wanderungsstatistik 2008. Wirtschaft und Statistik, 7/2010, 615–627.

6 Die SOEP-Erhebung findet in der Regel in der ersten Jahreshälfte statt. Somit beziehen sich die Umsetzungspläne des Auswanderungsgedankens auf die zweite Jahreshälfte 2009 und die erste Jahreshälfte 2010.

Kasten

Zur Messung von Auswanderungsabsichten und tatsächlicher Auswanderung im SOEP

Im Rahmen der Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), die im Auftrag des DIW Berlin jährlich vom Erhebungsinstitut TNS Infratest Sozialforschung durchgeführt wird, werden seit 1984 für Westdeutschland und seit 1990 für Ostdeutschland auch Daten über die Auswanderung von Befragungsteilnehmern erhoben.[1] Neben Wanderungsabsichten lässt sich auch das tatsächliche Wanderungsverhalten untersuchen.

Im Erhebungsjahr 2009 wurde im Anschluss an umfangreiche Vorstudien ein Themenschwerpunkt zu Wanderungsabsichten speziell bei Deutschen durchgeführt. Das Modul enthält Fragen zum Grad der Bindung an den derzeitigen Wohnort, zu Auslandskontakten und eigenen Auslandserfahrungen und zur Abschätzung des Potentials für Umzüge ins Ausland.

Gefragt wurden alle Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren:

Haben Sie in letzter Zeit ernsthaft mit dem Gedanken gespielt, für längere Zeit oder auch für immer ins Ausland zu gehen?

Die Antwortvorgaben lauten: Ja und Nein.

Personen, die entsprechende Absichten äußerten, wurden zur geplanten Aufenthaltsdauer im Ausland (einige Monate, einige Jahre oder für immer), zum Zielland und dazu befragt, ob sie innerhalb der nächsten zwölf Monate auswandern wollen.

Darüber hinaus bietet die Wiederholungsbefragung die Möglichkeit, tatsächlich stattfindende Auswanderungen zu untersuchen. Da die Gründe für Panelausfälle, also Befragte, die nicht mehr beim SOEP mitmachen, recherchiert werden, lassen sich ausgewanderte Befragungsteilnehmer identifizieren.[2] So kann auch die Prognosegüte von bereits geäußerten Auswanderungsabsichten überprüft werden.

In den Jahren 1993, 1996, 1997 sowie 1998 wurde im SOEP folgender Indikator zur Auswanderungsbereitschaft erfragt.

Könnten Sie sich vorstellen, für längere Zeit oder auch für immer in ein anderes Land, also ins Ausland, zu gehen?

Die Antwortvorgaben waren: Ja gerne, ja unter Umständen, eher nein sowie auf keinen Fall.

Für die Analyse zur Realisierung von Auswanderungsabsichten wurden im Bericht Angaben aus dem Jahr 1998 herangezogen. Als auswanderungsbereit gelten jene Fälle, die einer der beiden ersten Antwortkategorien zugestimmt hatten.

Zu den multivariaten Analysen:

Die simultane Schätzung verschiedener Einflussgrößen auf das Bestehen eines Auswanderungsgedankens wurde mit Hilfe logistischer Regressionsmodelle durchgeführt. Der Einfluss der erklärenden Größen spiegelt sich in den als *odds ratios* abgetragen Koeffizienten wider. Diese können als relative Wahrscheinlichkeiten interpretiert werden. Koeffizienten unter 1 weisen dabei auf eine geringere Wahrscheinlichkeit im Vergleich zur Referenzgruppe hin, sich mit einem Auswanderungsgedanken zu tragen, Parameter über 1 indizieren eine höhere Wahrscheinlichkeit.

Es wurde für vier spezifische Auswanderungsgedanken jeweils ein Modell berechnet:

a) für das Bestehen eines Auswanderungsgedankens an sich,

b) für das Bestehen eines Auswanderungsgedankens in Bezug auf einen temporären Auslandsaufenthalt,

c) für das Bestehen eines Auswanderungsgedankens in Bezug auf einen permanenten Auslandsaufenthalt und

d) für die Absicht, den Auswanderungsgedanken in den nächsten zwölf Monaten umzusetzen.

1 Vgl. Wagner, G. G., Frick, J. R., Schupp, J.: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancement. In: Schmollers Jahrbuch, Journal of Applied Social Studie, Vol. 127(1), 2007, 139–169.

2 Vgl. dazu – und einer ersten Analyse auf Basis dieser Möglichkeit – Schupp, J., Söhn, J., Schmiade, N.: Internationale Mobilität von deutschen Staatsbürgern. Chance für Arbeitslose oder Abwanderung von Leistungsträgern? In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 30 (2–3), 2005, 279–292; sowie Erlinghagen, M., Stegmann, T., Wagner, G. G., Deutschland ein Auswanderungsland? Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 39/2009.

Tabelle 2

Stufen der Auswanderungsabsicht[1]

In Prozent

	Insgesamt			Deutsche			Ausländer		
	Hochgerechnet in 1 000 Personen	Anteil an		Hochgerechnet in 1 000 Personen	Anteil an		Hochgerechnet in 1 000 Personen	Anteil an	
		allen Befragten	Befragten mit Wanderungsgedanken		allen Befragten	Befragten mit Wanderungsgedanken		allen Befragten	Befragten mit Wanderungsgedanken
Mit Wanderungsgedanken	9 470	14	100	7 873	13	100	1 597	27	100
Darunter: Mit einer geplanten Aufenthaltsdauer im Ausland									
von einigen Monaten	2 934	4	31	2 608	4	34	326	5	21
von einigen Jahren	3 169	5	34	2 899	5	37	270	4	17
für immer	3 250	5	35	2 275	4	29	976	16	62
Absicht in den nächsten 12 Monaten auszuwandern	759	1	8	661	1	9	98	2	6

1 Gewichtete Berechnung.

Quellen: SOEP, v26; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

Mit Gedanken an eine Auswanderung beschäftigt sich jeder achte Deutsche und jeder vierte Ausländer. Wenige wollen sie jedoch in den nächsten zwölf Monaten realisieren.

Realisierung einer Auswanderung noch erhebliche Differenzen liegen.[7]

Auslandserfahrungen und -kontakte wirken als Katalysator für Auswanderungsabsichten

Die Gründe für die Entstehung von Auswanderungsgedanken sind vielfältig.[8] Neben nachteiligen ökonomischen Bedingungen werden auch die zunehmenden persönlichen Beziehungen ins Ausland (*transnationale Verflechtungen*)[9] als einflussreiche Triebfeder diskutiert. Es besteht die Erwartung, dass diese Beziehungen sowohl die Hemmschwellen („Man kennt schon jemanden in der Fremde."), wie auch die materiellen Kosten („Man erhält leicht über bestehende Kontakte Informationen zum Zielland oder hat diese durch einen Auslandsaufenthalt bereits erworben.") senken dürften.

Im Jahr 2009 verfügte in Deutschland rund jeder Dritte über Freundschaften im Ausland – knapp 90 Prozent aller in Deutschland lebenden Ausländer, aber auch mehr als 30 Prozent aller Befragten mit deutscher Staatsangehörigkeit (Tabelle 3).[10]

10 Der Anteil liegt damit deutlich niedriger als im sogenannten Survey Transnationalisierung des Jahres 2006 (46,5 Prozent), der jedoch auch auf einer deutlich niedrigeren Stichprobengröße basierte.

Tabelle 3

Transnationale Verflechtungen in Deutschland[1]

In Prozent

	Insgesamt	Deutsche	Ausländer
Regelmäßiger Kontakt zu Freunden im Ausland			
Ja	36	31	88
Nein	64	69	12
Auslandsaufenthalt von mehr als 3 Monaten			
Innerhalb der letzten 10 Jahre	5	4	14
Vor mehr als 10 Jahren	9	7	32
Nein	86	89	53
Familie im Ausland			
Nein, niemand	86	92	20
Ja, Partner	0	0	0
Ja, Kinder	1	1	0
Ja, sonstige Verwandte	13	7	79
Im letzten Jahr erfolgte finanzielle Unterstützung im Ausland lebender Verwandte			
Ja	2	2	10
Nein	98	98	90

1 Gewichtete Berechnung.

Quellen: SOEP, v26; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

Freunde im Ausland hatte 2009 mehr als jeder dritte Einwohner Deutschlands.

7 Für in Deutschland lebende Ausländer trifft das Gegenteil zu. Mit den knapp 100 000 ermittelten Personen, die beabsichtigen Deutschland in den nächsten zwölf Monaten zu verlassen, werden die für 2009 tatsächlich registrierten 579 000 Fortzüge fast um das Sechsfache unterschätzt. Ein Grund kann sein, dass die Gruppe der neu zugewanderten Ausländer im SOEP aufgrund des Paneldesigns unterrepräsentiert ist. Zum anderen besteht bei Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit ein geringer Zusammenhang zwischen den Auswanderungsabsichten und dem tatsächlichen Auswanderungsverhalten.

8 Für die Erklärung von Wanderungsentscheidungen liegt ein brauchbares handlungstheoretisches Modell vor, nach dem Wanderungsentscheidungen sequenzielle Prozesse sind. Der eigentlichen Wanderungsentscheidung geht ein Wanderungsgedanke und dann ein konkreter Planungsprozess voraus. Die Bildung des Wanderungsgedankens stellt somit einen entscheidenden Baustein für die Erklärung des eigentlichen Auswanderungsverhaltens dar. Dies bekräftigt die Bedeutung der Analyse von Auswanderungsgedanken. Vgl. Kalter, F.: Wohnortwechsel in Deutschland. Opladen 1997; sowie Kalter, F.: Theorien der Migration. In: Müller, W. et al.: Handbuch der Demographie 1 – Modelle und Methoden. Berlin 2000, 438–475.

9 Vgl. dazu Mau, S.: Transnationale Vergesellschaftung. Frankfurt/Main 2007.

Neben Kontakten ins Ausland ist ein weiterer Indikator für die transnationale Verflechtung die Erfahrung eines Auslandsaufenthalts von mehr als drei Monaten. Jeder neunte Deutsche hat diese Erfahrung bereits gemacht. Von den in Deutschland lebenden Ausländern hat sich fast die Hälfte länger im Ausland aufgehalten. Bei allen Teilgruppen liegen die Auslandserfahrungen mehrheitlich über zehn Jahre zurück.

Auch familiäre Kontakte im Ausland sowie finanzielle Unterstützung spielen bei der Betrachtung von transnationalen Beziehungen eine Rolle. Diese sind erwartungsgemäß bei Ausländern stärker ausgeprägt als bei Deutschen.

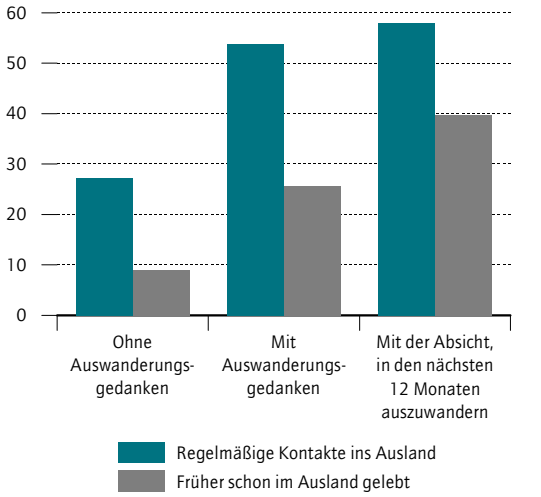
Die aktuellen SOEP-Daten bestätigen frühere Ergebnisse, dass sich Deutsche mit Wanderungsgedanken vor allem im Hinblick auf ihre Auslandskontakte und -erfahrungen von denen ohne solche Absichten unterscheiden.[11] Jeder Vierte ohne Wanderungsgedanken hat Freunde im Ausland. Etwas mehr als die Hälfte der Wanderungsbereiten (54 Prozent) hat regelmäßig Kontakt zu Freunden im Ausland. Bei denjenigen mit konkreten Fortzugsplänen liegt dieser Anteil sogar bei 58 Prozent. Darüber hinaus hat jeder Vierte (26 Prozent) mit Wanderungsgedanken bereits selbst für längere Zeit im Ausland gelebt. Dies trifft nur auf jeden Elften (neun Prozent) ohne Wanderungsgedanken zu. Bei den Deutschen, die beabsichtigen, ihre Auswanderungspläne schon im nächsten Jahr umzusetzen, haben bereits 40 Prozent im Ausland gelebt (Abbildung 1).

Um zu erfahren, inwiefern transnationale Verflechtungen die Bildung von Auswanderungsgedanken im Zusammenspiel mit anderen Einflussfaktoren erklären, haben wir multivariate Analysen durchgeführt.[12] Dabei haben wir sozio-demografische Merkmale (Geschlecht, Alter, Bildungsgrad und regionale Herkunft) berücksichtigt sowie die individuelle Risikobereitschaft, die auch Einfluss auf die risikoreiche Auswanderungsentscheidung haben müsste, abgeschätzt. Des weiteren haben wir die Bindung an den Wohnort und den Besitz von Wohneigentum untersucht. Sowohl die psychischen Nachteile als auch die finanziellen Kosten, die durch die ausgeprägte lokale Bindung bei einem Fortzug entstünden, sollten die Wahrscheinlichkeit, sich mit Auswanderungsgedanken zu tragen, senken. Da Wanderungsabsichten in der Regel den gesamten Haushalt betreffen, haben wir neben dem Familienstand und der Anwesenheit von Kindern im Haushalt auch die Auswanderungsgedanken des Partners berücksichtigt. Darüber hinaus haben wir

Abbildung 1

Auslandserfahrungen und -kontakte nach Stufen der Auswanderungsabsicht von Deutschen[1]

Anteile in Prozent



1 Gewichtete Berechnung.

Quellen: SOEP, v26; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

Mehr als die Hälfte aller abwanderungsbereiten Deutschen hat Kontakte ins Ausland.

als mögliche ökonomische Wanderungsmotive die Höhe des verfügbaren Nettoeinkommens und die Zufriedenheit damit untersucht. Weiterhin haben wir die berufliche Stellung sowie gegebenenfalls die Dauer der Arbeitslosigkeit berücksichtigt (Tabelle 4).

Die Ergebnisse des Gesamtmodells, mit dem die Wahrscheinlichkeit untersucht wird, sich mit Auswanderungsgedanken gleich welcher Art zu tragen, bestätigen den substanziellen Einfluss der transnationalen Beziehungen: Personen mit eigener Auslandserfahrung machen sich doppelt so häufig wie jene ohne diese Erfahrung um eine Auswanderung ernsthaft Gedanken. Freunde im Ausland erhöhen diese Chance sogar um den Faktor 2,5.

Darüber hinaus sticht der positive Effekt des Partnergedankens ins Auge: Vom Vorhandensein beziehungsweise Fehlen von Auswanderungsgedanken beim Partner werden die eigenen Auswanderungsabsichten beflügelt beziehungsweise gehemmt.[13]

11 Vgl. Diehl, C., Mau, S, Schupp, J.: Auswanderung von Deutschen: kein dauerhafter Verlust von Hochschulabsolventen. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 5/2008.

12 Es wurden logistische Regressionsmodelle benutzt.

13 Hier kann von einem sich gegenseitig verstärkenden Effekt ausgegangen werden. In 90 Prozent aller Paarbeziehungen stimmen die Auswanderungswünsche beider Partner überein, wobei in 85 Prozent der Fälle beide Partner keinen und in fünf Prozent beide Partner einen Auswanderungsgedanken hegen. Bei voneinander abweichenden Auswanderungswünschen, tragen sich rund doppelt so viele Männer einseitig mit Auswanderungsgedanken als Frauen.

Tabelle 4

Welche Faktoren begünstigen bei Deutschen die Entstehung von Wanderungsgedanken?

Odds Ratios

Erklärungsgrößen[1]	Gesamtmodell	Temporärer Auslandsaufenthalt	Permanenter Auslandsaufenthalt	Umsetzung des Auswanderungsgedankens in den nächsten 12 Monaten
Soziodemografische Merkmale				
Geschlecht (Referenz: Frauen)				
Männer	1,43***	1,21**	1,71***	0,95
Alter (Referenz: 35- bis 49-Jährige)				
17- bis 34-Jährige	1,45***	1,79***	0,74*	1,32
50- bis 64-Jährige	0,60***	0,55***	0,88	0,38**
65-Jährige und Ältere	0,15***	0,17***	0,19***	0,15***
Bildungsgrad (Referenz: Ohne Abschluss, Hauptschul- oder Realschulabschluss ohne abgeschlossene berufliche Ausbildung)				
Haupt- oder Realschulabschluss mit beruflicher Ausbildung	0,87+	0,77**	1	0,87
Gymnasialabschluss mit oder ohne beruflichen Abschluss	1,19+	1,42**	0,59**	1,47
Universitätsabschluss	1,08	1,42**	0,50***	1,33
Region (Referenz: Westdeutschland)				
Ostdeutschland	0,72***	0,78**	0,68**	1,31
Psychologische Prädisposition				
Risikofreude (0–10)	1,13***	1,13***	1,06**	1,25***
Ortsbindung				
Ideelle Ortsbindung (Referenz: Stark, weniger stark, eigentlich gar nicht)				
Sehr stark	0,54***	0,60***	0,51***	0,42**
Wohnverhältnis (Referenz: Mieter)				
Wohneigentümer	0,96	1,13+	0,70**	1,07
Haushaltsentscheidung				
Familienstand (Referenz: Verheiratet)				
Ungebunden (getrennt lebend, ledig, verwitwet, geschieden)	1,13	1,15	1,02	1,3
Kinder unter 16 Jahren im Haushalt (Referenz: Ohne Kinder)				
1 Kind	0,89	0,80*	1,19	0,49*
2 Kinder	0,83*	0,80*	1,03	0,47*
Wanderungsabsichten des Partners (Referenz: Partner hat keinen Auswanderungsgedanken)				
Kein Partner im Haushalt	2,43***	2,42***	2,04***	4,75***
Partner hat Auswanderungsgedanken	11,59***	6,38***	10,80***	11,74***
Ökonomische Situation				
Stellung im Beruf (Referenz: Nicht Erwerbstätige)				
Angestellte	0,89	0,93	0,97	0,72
Selbständige	1	0,87	1,50*	0,64
Sonstige Erwerbstätige	0,73***	0,71**	0,95	0,43**
Arbeitslose (bis 12 Monate)	1,13	1,08	1,23	1,69
Langzeitarbeitslose (12 Monate und länger)	0,61*	0,44**	0,99	1,18
Einkommen (Referenz: 2. und 3. Quartil)				
Unterstes Quartil	0,98	1,07	0,83	0,79
Oberstes Quartil	1,15*	1,23**	0,92	1,07
Zufriedenheit mit Einkommen (0–10)	0,91***	0,96**	0,85***	0,97
Transnationale Verflechtungen				
Auslandserfahrung (Referenz: Ohne)				
Auslandserfahrung	2,09***	1,96***	1,55**	3,09***
Kontakte zu Freunden oder Bekannten im Ausland (Referenz: Keine)				
Kontakte zu Freunden oder Bekannten im Ausland	2,55***	2,37***	2,06***	1,87**
Pseudo-R^2	0,26	0,24	0,20	0,24
Zahl der Beobachtungen (N)	16724	16706	16706	16700

1 Ergebnisse einer Logit-Schätzung mit 0/1 Dummies. Abhängige Variable: Ernsthaft daran gedacht, längere Zeit oder für immer ins Ausland zu gehen; Absicht, Auswanderungsgedanken innerhalb von 12 Monaten umzusetzen.

Irrtumswahrscheinlichkeit: + < 10 %, * < 5 %, ** < 1 %, ***< 0,1 %.

Quellen: SOEP, v26; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

Auslandskontakte und -erfahrungen sowie ein auswanderungswilliger Partner erhöhen massiv die Wahrscheinlichkeit, über einen Fortzug ins Ausland nachzudenken.

Zwar tragen sich Besserverdienende häufiger mit dem Gedanken einer Auswanderung, doch ist es weniger die Einkommenshöhe an sich, als vielmehr die Zufriedenheit mit dem zur Verfügung stehenden Haushalts-Nettoeinkommen, die die Auswanderungsbereitschaft beeinflusst. Bei wachsender Zufriedenheit mit dem Einkommen sinkt die Wahrscheinlichkeit, über einen Fortzug aus Deutschland nachzudenken.

Akademiker zieht es verstärkt ins Ausland – jedoch nur auf Zeit

Werden nun die Resultate zu den spezifischeren Auswanderungsgedanken – temporär, permanent, zeitnah – mit in die Betrachtung eingeschlossen, fällt sofort ins Auge, dass sich in Bezug auf die Bildungshöhe deutliche Unterschiede abzeichnen. Personen mit hohen Bildungsqualifikationen (ab Fachhochschulreife) schwebt gegenüber Personen mit niedrigem Bildungsabschluss (ohne oder mit Haupt- oder Realschulabschluss) signifikant häufiger ein zeitlich befristeter Auslandsaufenthalt vor. Unter den dauerhaft Auswanderungsbereiten sind sie allerdings unterrepräsentiert. Im Gesamtmodell, wo nicht nach der intendierten Aufenthaltsdauer unterschieden wird, heben sich beide Effekte gegenseitig auf.

Während Langzeitarbeitslose und vor allem in Arbeiterberufen tätige Personen besonders selten über eine temporäre Auswanderung aus Deutschland nachdenken, drehen sich die Auswanderungsgedanken von Selbständigen signifikant häufiger um einen endgültigen Fortzug.

Wenn Kinder unter 16 Jahren im Haushalt leben, wird sowohl über eine temporäre Abwanderung aus Deutschland als auch über eine zeitnahe Umsetzung des Auswanderungsgedankens seltener nachgedacht. Keine Rolle spielen hingegen Kinder bei dauerhaften Fortzugsabsichten.

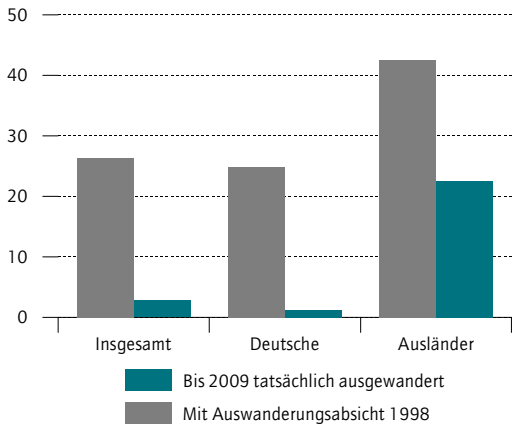
Nur ein kleiner Teil der Deutschen setzt seine Wanderungsabsicht tatsächlich um

In den 90er Jahren wurden die Teilnehmer des SOEP bereits mehrmals (1993, 1996, 1997 und 1998) nach ihren Auswanderungsvorstellungen gefragt.[14] Der 1998 im SOEP erhobene Indikator zur Auswanderungsbereitschaft ergab eine deutlich höhere Zustimmung aus Deutschland fortzuziehen als der 2009 erfragte Indikator. So konnte sich 1998 etwa jeder vierte Deutsche vorstellen, Deutschland zu verlassen, 43 Prozent aller Ausländer schloss nicht aus, fortzuziehen (Abbildung 2).[15]

Abbildung 2

Auswanderungsbereitschaft 1998 und ihre Umsetzung bis 2009[1]

Anteile in Prozent



1 Gewichtete Berechnung.

Quellen: SOEP, v26; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

Einem großen Anteil potenzieller Auswanderer steht eine kleine Realisierungsquote gegenüber.

Mit Hilfe der Längsschnittdaten des SOEP lässt sich rekonstruieren, ob die 1998 geäußerten Auswanderungsabsichten bis 2009 realisiert worden sind.[16] Tatsächlich haben nur knapp vier Prozent der Deutschen, die sich 1998 vorstellen konnten, auszuwandern, das Land verlassen. Bei den Ausländern waren es immerhin 30 Prozent, die ihre Absicht von 1998 umsetzten. Auf die Gesamtpopulation von 1998 bezogen, zogen bis zum Jahr 2009 nur gut ein Prozent aller Deutschen und knapp 23 Prozent aller Ausländer aus Deutschland fort.

Solche Realisierungsquoten mögen niedrig erscheinen. Gleichwohl zeigen die SOEP-Analysen, dass für Deutsche bereits dieser sehr vage Auswanderungsindikator eine knapp sechsmal höhere Realisierungschance aufweist, als für diejenigen, die 1998 die Frage einer Auswanderung verneinten. Bei der Gruppe der Ausländer liegt die Erhöhung der Realisierungschance beim Faktor zwei. Der Befragung nach der Auswan-

14 Aufgrund der Revision des Befragungsblocks *Auswanderungsabsichten und transnationale Erfahrung* sind die aktuellen Befragungsergebnisse nur eingeschränkt mit den Ergebnissen der 90er Jahre vergleichbar.

15 Bei den Deutschen war 1993, 1996 und 1997 der Anteil von rund 24–25 Prozent derjenigen mit Wanderungsabsichten nahezu gleich hoch wie 1998.

16 Vgl. eine ähnliche Analyse für einen kürzeren Realisierungszeitraum von Auswanderungsabsichten in den 90er Jahren von Niefert, M., Ott, N., Rust, K.: Willingness of Germans to Move Abroad. In: Friedmann, R. et al.: Econometrics Studies: (Empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Bd. 8), Münster 2001, 317–333.

derungsabsicht kann damit durchaus ein gewisser Prognosewert zugesprochen werden.

Fazit

Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist die hohe internationale Mobilitätsbereitschaft der Deutschen positiv zu beurteilen. Denn viele Arbeitskräfte bilden sich durch einen Auslandsaufenthalt weiter. Kehren diese qualifizierten Auswanderer später wieder nach Deutschland zurück, wirkt sich der Fortgang vielfach zum Vorteil Deutschlands aus. Somit sind transnationale Verflechtungen neben ihren sozialen wie (multi-)kulturellen Erträgen gerade für ein stark exportorientiertes sowie rohstoffarmes Land wie Deutschland, in welchem die Kompetenzen der Bevölkerung das eigentliche Kapital darstellen, keineswegs schädlich, sondern ökonomisch sogar sinnvoll.

Erst wenn immer mehr Akademiker und Fachkräfte sich für immer in der Fremde niederlassen und weniger qualifiziertes Personal aus anderen Ländern einwandert, leidet auch die heimische Wirtschaft. Die Analyse zeigt, dass ein solcher nennenswerter und dauerhafter Wissensverlust aufgrund der vielfach zeitlich befristeten Auslandsaufenthalte derzeit nicht befürchtet werden muss. Gerade die Gruppe der Hochschulabsolventen zieht es nur selten dauerhaft aus Deutschland fort. Somit ist bezogen auf Deutschland eher der Begriff der *Brain Circulation*, also der vorübergehenden Auswanderung qualifizierter Personen, angebracht als der eines *Brain Drain*, eines dauerhaften Verlusts qualifizierter Arbeitskräfte. Da ein Großteil der Auswanderer beabsichtigt, wieder nach Deutschland zurückzukehren, sind von diesen Fortgängen langfristig eher positive Effekte für den Standort Deutschland zu erwarten.

Wichtiger als die Sorgen eines *Brain Drain* sind in einer alternden Gesellschaft daher eher Verbesserungen bei der Integration von Einwohnern mit ausländischen Wurzeln sowie ein transparentes und gezielt am wirtschaftlichen Bedarf orientiertes Zuwanderungsangebot für qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland.

JEL Classification:
C81, D01, O15

Keywords:
SOEP,
Migration,
Mobility

Acht Fragen an Elisabeth Liebau

„Ein *Brain Drain* ist nicht zu befürchten“

Elisabeth Liebau,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Abteilung SOEP
am DIW Berlin

Frau Liebau, Sie haben die Auswanderungsabsichten von Deutschen untersucht. Wie viele Deutsche hegen denn die Absicht auszuwandern?
Im Jahr 2009 haben von den Deutschen ab einem Alter von 16 Jahren 13 Prozent angegeben, sich in der letzten Zeit ernsthaft Gedanken um die Auswanderung aus Deutschland zu machen.

Aus welchen Bevölkerungsschichten stammen die Personen, die an eine Auswanderung denken?
Überproportional vertreten sind junge Personen, hochgebildete Personen, sowie Selbständige und Personen mit hoher Risikobereitschaft. Unterproportional vertreten sind Personen aus Ostdeutschland und Personen, die Kinder im Haushalt haben oder familiär gebunden sind.

Wollen die Abwanderungswilligen das Land für immer oder nur zeitweise verlassen?
Gute zwei Drittel der Ausreisewilligen Deutschen wollen ihre Heimat nur für einen befristeten Zeitraum verlassen. Das übrige Drittel plant, Deutschland für immer den Rücken zu kehren.

» Junge Erwachsene sind besonders wanderungsbereit. «

Was sind die Gründe für die Auswanderungsabsicht?
Es gibt verschiedene Motive auszuwandern. Bei der jüngeren Generation sind es in erster Linie Arbeit und Bildung. Bei den Älteren handelt es sich häufiger um Ruhestandsmigration. Aus gesundheitlichen Gründen sind hier oft wärmere Länder das Ziel.

Wie viele der Abwanderungswilligen setzen ihren Plan tatsächlich in die Tat um?
Zwischen Absichten und Umsetzung gibt es eine große Differenz. Wir haben die im Jahr 1998 geäußerten Abwanderungsabsichten mit dem tatsächlichen Vollzug bis zum Jahr 2009 verglichen. Von den Deutschen, die 1998 die Absicht geäußert haben auszuwandern, haben es bis 2009 nur vier Prozent auch tatsächlich getan. Bei der Gruppe der Ausländer waren es 30 Prozent.

Wie viele Personen haben in den letzten Jahren Deutschland verlassen?
In den letzten zehn Jahren haben rund 1,4 Millionen Deutsche ihre Heimat verlassen. 2000 lag die Zahl noch bei 111 000, die höchste Zahl wurde im Jahr 2008 erreicht und lag 2009 bei 155 000. Insgesamt hat die Zahl der deutschen Auswanderer also zugenommen.

Wie sieht das Verhältnis von Aus- und Zuwanderung aus?
Wenn wir uns den Zeitraum der letzten zehn Jahre anschauen sieht man, dass Deutschland in der Regel einen positiven Wanderungssaldo hatte. Das heißt, es sind mehr Personen zugezogen, als Deutschland im gleichen Zeitraum verlassen haben. Die Zahlen gehen aber seit 2001 kontinuierlich zurück und haben im Jahr 2008 erstmals gedreht. Das heißt, es sind seit 2008 mehr Personen aus Deutschland weggezogen, als im gleichen Zeitraum zugezogen sind.

Wie ist die internationale Mobilitätsbereitschaft der Deutschen aus volkswirtschaftlicher Sicht zu beurteilen? Besteht die Gefahr eines Brain Drain?
Insgesamt beteiligt sich die Gruppe der Hochqualifizierten überproportional an der Auswanderung. Man weiß aber auch, dass insbesondere die Hochqualifizierten zurückkommen wollen und Deutschland nur befristet verlassen. Diesbezüglich sind die volkswirtschaftlichen Auswirkungen sogar eher positiv, denn die meisten Personen dieser Gruppe kommen mit weiteren Qualifikationen zurück. Ein *Brain Drain* ist also nicht zu befürchten. Wichtiger wäre es, sich zu überlegen, wie man hoch qualifizierte Personen nach Deutschland locken kann, indem man attraktive Angebote für sie schafft. Im Moment ist es für Ausländer noch sehr schwierig, im Ausland erworbene Qualifikationen in Deutschland anerkannt zu bekommen und ohne Statusverlust in den Arbeitsmarkt einzutreten. Das ist noch ein Problem.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.
Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Staatliche Banken können schwache Bankenregulierung kompensieren

Staatliche Banken können eine wichtige Rolle bei der Sicherung der Funktionsfähigkeit von Finanzsystemen und für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung spielen. Dies gilt offenbar vor allem dann, wenn die Bankenregulierung schwach ist und Banken nicht ausreichend überwacht werden. Die vorliegende Studie des DIW Berlin zeigt, dass staatliche Banken zu einem höheren Wirtschaftswachstum beitragen können. Dies gilt vor allem für weniger entwickelte Länder und solche mit unzureichender Finanzmarktregulierung. Staatliches Eigentum und staatliche Haftung sichern dann das aus Regulierungsdefiziten resultierende Risiko ab. Deshalb sollten Regierungen staatliche Banken nicht voreilig privatisieren. Stattdessen sollten sie sich auf die Verbesserung des regulativen Umfeldes konzentrieren, das übermäßig riskantes und kundenschädliches Verhalten der Banken verhindert.

Anja Shortland
ashortland@diw.de

Die im angelsächsischen Raum dominante *politisch orientierte* Sicht auf staatliche Banken hat über viele Jahre den akademischen Diskurs und die wirtschaftspolitischen Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank beherrscht. Die Argumentation basiert auf der Annahme, dass sich politisch beeinflusste Entscheidungen negativ auf die wirtschaftliche Effizienz auswirken. Es wird vermutet, dass Politiker staatliche Banken gebrauchen, um ihren Anhängern und staatlichen Betrieben Kredite zuzuschanzen. Wenn Kredite nicht zu den üblichen Effizienzkriterien vergeben werden, kann dies für die Banken zu Ausfällen und finanzieller Instabilität bis hin zur Krise führen. Gesamtwirtschaftlich könnten davon negative Effekte auf das Wachstum ausgehen. Diese Haltung wurde von Martin Wolf in der Financial Times sehr treffend wiedergegeben: „ … Krisenanfällige Privatbanken sind schlecht; aber staatliche Monopolbanken sind noch schlimmer.“[1]

Wissenschaftlich gestützt wird diese Sichtweise durch empirische Studien, die angeblich einen negativen Zusammenhang zwischen staatlichen Banken und der wirtschaftlichen Dynamik eines Landes zeigen. So sagen La Porta et al. in einer länderübergreifenden Analyse einen Anstieg der jährlichen langfristigen Wachstumsrate von 0,23 Prozentpunkten voraus, wenn der staatliche Bankenanteil um zehn Prozentpunkte gesenkt würde.[2] Ergebnisse wie diese wurden vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank bei der Formulierung der Konditionen für ihre Entwicklungshilfeprogramme aufgegriffen. Die Privatisierung von Banken in Entwicklungsländern wurde auf dieser Grundlage vorangetrieben.[3]

1 FT vom 16. Oktober 2008.

2 La Porta, R., Lopez de Silanes, F., Schleifer, A.: Government Ownership of Banks. Journal of Finance, 57, 2002, 265–301.

3 Weltbank: Finance for Growth: Policy Choices in a Volatile World. Oxford, 2001, 127.

Aber nicht alle Ökonomen stehen staatlichen Banken ablehnend gegenüber. Die *entwicklungsorientierte* Sicht, deren prominentester Vertreter Joseph Stiglitz ist, betont die Bedeutung des Staates bei der Anschubfinanzierung wirtschaftlicher Entwicklung.[4] Die moderne Argumentation für die Existenz staatlicher Banken findet sich in der Literatur zu Informations- und Agency-Problemen. Die hier beschriebenen theoretisch fundierten und empirisch untermauerten Studien kommen zu dem Ergebnis, dass staatliches Eigentum und staatliche Haftung eine unzureichende Regulierung des Finanzsektors kompensieren können.

Marktversagen im Bankensektor

Die Existenz von Marktversagen im Finanzsektor ist wenig umstritten. Dieses resultiert schon allein daraus, dass die Transaktionen wie Einlagen und Rückzahlungen zeitlich auseinanderfallen. Den hier vorgestellten Studien liegt ein theoretisches Modell zugrunde, das davon ausgeht, dass staatliche Banken mit Privatbanken konkurrieren.[5] Dabei mag die staatliche Bank nicht besonders effizient sein und vielleicht keinen besonders guten Kundendienst bieten, aber ihr Sonderstatus schützt sie vor dem Zusammenbruch: Sie garantiert ihren Kunden anhaltenden Zugang zu ihren Einlagen in nationaler Währung. Privatbanken hingegen können in diesem Modell entweder *ehrlich* oder *opportunistisch* (potenziell kundenschädlich) handeln. Dieser zweite Typus ist bereit, seine Kunden um ihr Geld zu betrügen, wenn er nicht durch strenge Regeln daran gehindert wird. Die Höhe der Einlagen bei staatlichen Banken hängt also davon ab, ob die potenziellen Kunden den Institutionen trauen, die das Verhalten der privaten Banken regeln. Bestehen strenge Lizenzvorgaben und strikte Standards, die der Staat durchsetzt und überwacht, handeln alle Banken – so die Annahme im theoretischen Modell – ehrlich. Es besteht kein Bedarf für staatliche Banken. Im anderen Extremfall führt die fehlende Kontrolle privater Banken dazu, dass alle Kunden staatliche (sichere) Banken wählen; es gibt dann keine privaten Banken. Im Falle eines durchschnittlichen Regulierungsniveaus existieren private und staatliche Banken nebeneinander. Eine Privatisierung der staatlichen Banken wäre in dieser Situation für risikofreudige Anleger ohne Belang. Risikoscheue Anleger würden aber ihr Geld lieber unter der Matratze aufbewahren, als es einer als unsicher eingeschätzten Privatbank anzuvertrauen.

In der 2008 publizierten Studie wurden die politische und die entwicklungsorientierte Sicht auf staatliche Banken empirisch überprüft. Die Analyse basiert auf Daten für 108 Länder, die einer Studie der Weltbank zu Bankverhalten und Regulierung entstammen.[6] Ein erster Überblick zeigte, dass der Anteil der Einlagen bei staatlichen Banken umso höher war, je niedriger die Regulierungsstandards waren. Gleiches galt für Länder, in denen durch frühere Bankenkrisen das Vertrauen der Anleger in das Regulierungssystem geschwächt war. Während sich die Regulierungsqualität und Offenlegungsstandards deutlich umgekehrt proportional zur Anzahl staatlicher Banken verhalten, sind politische Variablen nicht entscheidend. Dies stützt unsere Annahme, dass die Existenz staatlicher Banken eher ein Zeichen für regulative Schwäche ist als für das Streben von Politikern, Banken zu kontrollieren.

Regulatives Versagen und die Finanzkrise von 2008

Die Regulierung der Finanzmärkte zielt darauf ab, Marktversagen im Banksektor einzudämmen.[7] Aber die Bankenaufsicht selbst ist ebenfalls anfällig für Risiken: So kann sie von denen beeinflusst werden, die sie regulieren soll. Auch können Gesetze durch die Entwicklung neuer, von den geltenden Regeln (noch) nicht erfasster Finanzprodukte unterlaufen werden. Im Vorfeld der jüngsten Finanzkrise war ein deutlicher Rückgang der Regulierungsqualität in den Industrieländern zu beobachten.[8] Analysen zur Finanzkrise zeigen, dass viele Banken extrem risikoreiche Strategien zur kurzfristigen Profitmaximierung verfolgten.[9] Die Komplexität der Finanzprodukte und eine unzuverlässige Risikobewertung der Rating-Agenturen ließ die Aufsichtsräte und Regulierungsbehörden die Kontrolle über die Banker verlieren.

4 Gerschenkron, A.: Economic Backwardness in Historical Perspective: A Book of Essays. Cambridge, MA 1962.

5 Andrianova, S., Demetriades, P., Shortland, A.: Government Ownership of Banks, Institutions and Financial Development. Journal of Development Economics, 85, 2008, 218–252. Andrianova, S., Demetriades, P., Shortland, A.: Is Government Ownership of Banks Really Harmful to Growth? DIW Discussion Paper Nr. 987, Berlin 2010.

6 Caprio, G., Levine, R., Barth, J.: Bank Regulation and Supervision. 2008, *go.worldbank.org/SNUSW978P0*. Die Auswahl enthält eine Mischung aus Entwicklungs-, Industrie- und Schwellenländern.

7 Eine fundierte Analyse der Regulierung der Finanzmärkte, Einlagensicherung und damit zusammenhängender Fragen findet sich bei Goodhart, C. A. E.: The Central Bank and the Financial System. Houndmills und London, 1995; und Stiglitz, J. E.: The Role of the Government in Financial Markets. Proceedings of the World Bank Annual Conference on Development Economics, 1993.

8 Regulierungsqualität misst die Fähigkeit der Regierung, tragfähige Regeln aufzustellen und durchzusetzen, die die Entwicklung des Privatsektors ermöglichen und fördern. Kaufmann, D., Kraay, A., Mastruzzi, M.: Governance Matters VI: Governance Indicators 1996–2006, Weltbank 2007.

9 Johnson, S.: The Quiet Coup. The Atlantic Online, Mai 2009.

Die vor allem für Entwicklungsländer relevanten Überlegungen zur Rolle staatlicher Banken können in dieser Situation deshalb auch auf Industrieländer angewandt werden. Die Enthüllungen im Jahr 2008 über skrupelloses oder inkompetentes Verhalten von Privatbanken und deren undurchsichtigen und hoch riskanten Investitionen führten zu einem Rückgang des Vertrauens in die Regulierungsbehörden. Nach dem Kollaps von *Lehman Brothers* bestand plötzlich die Gefahr weiterer Bankpleiten, und daraus resultierte umgehend eine extrem hohe Nachfrage nach Sparkonten bei – als sicher eingeschätzten – staatlich gestützten Banken. Beispielsweise musste die zuvor verstaatlichte Bank Northern Rock in Großbritannien, obwohl sie niedrigere Zinsen anbot als die anderen britischen Banken, auf Druck der Finanzaufsicht potenzielle Anleger abweisen.

Die jüngste Finanzkrise lässt auch deutlich werden, dass die Argumente der politisch orientierten Sichtweise zu staatlichen Banken problematisch sind. Die positive Korrelation zwischen staatlichen Banken und Finanzkrisen im Ländervergleich spiegelt nämlich eine umgekehrte Kausalität wider: Bankrotte Privatbanken werden deshalb verstaatlicht, weil sich kein anderer Investor findet. Zudem folgt auf Finanzkrisen, die die Ursache für eine staatliche Übernahme von Banken sind, normalerweise eine deutliche Rezession. Die Schuld an dieser Entwicklung den staatlichen Banken zuzuschreiben ist dasselbe, als würden Krankenhäuser für die schlechte Gesundheit verantwortlich gemacht, weil sie so viele Kranke beherbergen. Eine Privatisierung staatlicher Banken auf dieser Grundlage zu fordern, wäre dasselbe, wie die Schließung von Krankenhäusern zur Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung vorzuschlagen.

Auswirkungen staatlicher Banken auf das Wachstum – eine Neubewertung

Die im Gefolge der weltweiten Finanzkrise 2007/08 offenbar gewordenen Geschäftspraktiken privater Banken legen eine Neubewertung der Rolle privater und staatlicher Banken für das Wirtschaftswachstum nahe. Bei privaten Banken hatten kurzfristige, oft hoch spekulative Investitionen überhand genommen, die Banken und Banker bereicherten, aber kaum dem nationalen Wirtschaftswachstum dienten. Darüber hinaus waren solche Investitionen meistens undurchsichtig, komplex und so gestaltet, dass sie Investoren über ihre wahre Natur in Unkenntnis ließen. Derartige Finanzprodukte zu erfinden und zu vermarkten, bindet begabte Personen, was schon für sich allein genommen einen langfristigen Wachstumsverlust bedeuten kann.

Staatliche Banken sind normalerweise weniger anfällig für spekulative Investitionsstrategien. Dies könnte daran liegen, dass staatliche Banken aufgrund politischer Ziele gezwungen sind, in Projekte zu investieren, die als gesellschaftlich sinnvoll gelten.[10] Außerdem fördern die Gehaltsstrukturen in staatlichen Banken spekulative Aktivitäten weniger als die Boni im Privatsektor.

Überprüfung früherer Forschungsergebnisse …

Bei der einflussreichen Untersuchung von La Porta et al., die sich auf den Zeitraum 1960 bis 1995 bezieht, blieben fundamentale Einflussfaktoren auf das Wirtschaftswachstum wie die institutionelle Qualität (*Governance*) der Länder unberücksichtigt.[11] Werden die regulative Qualität und die der Verwaltung, der Schutz von Eigentumsrechten oder die Korruption als Faktoren einbezogen, ist der Effekt staatlicher Banken auf das Wirtschaftswachstum statistisch nicht mehr signifikant, und die Erklärungskraft des Schätzmodells verbessert sich drastisch (Tabelle 1). Bei den Ergebnissen von La Porta et al. handelt es sich um einen klassischen Fall von *omitted variable bias*, der Verzerrung der Schätzung aufgrund der Nichtberücksichtigung relevanter Variablen. Die Existenz staatlicher Banken ist eine Folge schlechter Governance-Qualität – wenn die Regulierung in einem Land schwach ist, ziehen viele Anleger staatliche Banken vor. In Schätzmodellen, die den Faktor Governance außer Acht lassen, wird damit der Variablen staatliche Banken die Wirkung zugeschrieben, die eigentlich vom Faktor Governance ausgeht. Die empirisch bevorzugte Modellversion schließt den Anteil staatlicher Banken als Variable aus: Die Variable ist weder signifikant noch trägt sie maßgeblich zu der Erklärungskraft des Modells bei. Vielmehr erweist sich, dass Governance der entscheidende Faktor ist, nicht die Art des Eigentums an Banken. Daraus schließen wir, dass die weit verbreitete Annahme negativer Auswirkungen staatlicher Banken auf das wirtschaftliche Wachstum auf der Nichtberücksichtigung wichtiger Einflussfaktoren beruht.

10 Die deutschen staatlichen Banken stellten in dieser Krise eine Ausnahme dar, weil sie ihre wirtschaftsfördernde Rolle weitgehend verloren hatten und im Vorfeld der Krise ermutigt worden waren, in spekulative Geschäfte zu investieren, siehe Schrooten, M.: Landesbanken: Rettung allein reicht nicht. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 24/2009; und Schrooten, M.: Landesbanken: Megafusion allein ist kein Ausweg. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 18/2010. Einige Landesbanken stellten sich bei der Risikobewertung besonders ungeschickt an, siehe beispielsweise Hau, H., Thum, M.: Subprime Crisis and Board (In-) Competence: Private vs. Public Banks in Germany, Economic Policy 60, 2009, 701–752.

11 Acemoglu, D., Johnson, S., Robinson, J. A.: Institutions as a Fundamental Cause of Long-Run Growth. In: Aghion,P., Durlauf, S. (Hrsg.): Handbook of Economic Growth. 1. Auflage, Band 1, Kapitel 6, 2005, 385–472.

Tabelle 1

Prüfung der Wachstumsschätzungen[1] von La Porta, Lopez, Schleifer (LLS)

Änderung der Wachstumsrate

	LLS: Tabelle V Einfache Wachstumsregressionen	LLS: Tabelle VI Wachstumsergebnisse mit unterschiedlichen Kombinationen von Kontrollvariablen	LLS-Modelle ergänzt um institutionelle Variablen	
Modellvariante	**Ia**	**IIa**	**Ib**	**IIb**
Staatliche Banken 1970	–0,0199***	–0,0152*	–0,0045	0,0012
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 1960 (logarithmiert)	–0,0160***	–0,0157***	–0,0211***	–0,0204***
Durchschnittlicher Schulbesuch in Jahren	0,0061***	0,0044**	0,0028***	0,0021
Hohe Inflation		–0,0073		–0,0093
Breitengrad		–0,0039		–0,0004
Privatkredite bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt 1960		0,0217**		0,01467*
Verwaltungsqualität	nicht einbezogen	nicht einbezogen	0,0040***	0,0043***
Eigentumsrechte	nicht einbezogen	nicht einbezogen	0,0081***	0,0066**
Konstante	0,0911***	0,1019***	0,0764***	0,0808***
Regionale Dummys	Nein	Ja	Nein	Ja
R^2	0,3403	0,5012	0,5416	0,639
Beobachtungen	85	82	83	80

1 Regressionsanalyse (Kleinste-Quadrate-Methode, OLS) der ausgewählten Länder. Zu erklärende Variable ist das durchschnittliche jährliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf von 1960 bis 1995.

* Signifikanz auf dem 10%-Niveau, ** dem 5%-Niveau und *** dem 1%-Niveau.

Quellen: La Porta et al., *mba.tuck.dartmouth.edu/pages/faculty/rafael.laporta/publications.html*; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

Institutionelle Mängel (schlechte Verwaltung, Korruption etc.) sind die Ursache für niedriges Wirtschaftswachstum, nicht die staatlichen Banken. Ihr Einfluss ist statistisch nicht signifikant.

… und eine neue Schätzung

Unsere Schätzung für den Zeitraum 1995 bis 2007, in dem die bestehende Regulierung durch neue Finanzprodukte ausgehöhlt wurde, deutet auf einen positiven Zusammenhang zwischen staatlichen Banken und wirtschaftlichem Wachstum hin. Eine staatliche Bankenbeteiligung in Höhe von 50 Prozent erhöht die jährliche Wachstumsrate im Durchschnitt der betrachteten Länder um ein bis zwei Prozentpunkte im Vergleich zu der Situation ohne staatliche Beteiligung.

Da dies ein äußerst kontroverser Befund ist, haben wir zahlreiche Tests durchgeführt. Das Ergebnis erweist sich als robust gegenüber unterschiedlichen Spezifikationen des Wachstums und des staatlichen Bankeigentums. Dies gilt auch für Änderungen im Kreis der untersuchten Länder. So wurden Länder mit hundertprozentiger staatlicher Eigentümerschaft, die als Sonderfall gelten können (zum Beispiel China), sowie kleine Länder mit weniger als vier Millionen Einwohnern ausgeschlossen – das Ergebnis bleibt bestehen. Gleiches gilt für eine Untersuchung der von La Porta et al. betrachteten Länder (Tabelle 2). Zudem wurde sichergestellt, dass die Ergebnisse nicht durch andere potenziell wichtige Wachstumsfaktoren verzerrt sind. In allen Modellen ist eine Kontrollvariable für Länder, die vormals sozialistische Planwirtschaften waren, enthalten, da diese Länder nach ihren Transformationsrezessionen überdurchschnittlich schnell gewachsen sind, obwohl der Bankensektor oft noch nicht vollends privatisiert worden war. Der signifikant positive Effekt der staatlichen Banken bleibt in allen Modellen mit unterschiedlichen Kombinationen von weiteren Kontrollvariablen wie Handelsoffenheit, Inflation, allgemeiner Finanzentwicklung, früherer Bankenprivatisierung oder ausländischen Direktinvestitionen erhalten.[12]

Schließlich wurde überprüft, ob die Wachstumseffekte staatlicher Banken von der Regulierungsqualität abhängen. Wenn staatliche Banken tatsächlich eine Reaktion auf schwache Regulierung sind, sollten ihre positiven Wachstumseffekte mit steigender Regulierungsqualität zurückgehen. Für diese These konnten in der Tat Belege gefunden werden: Die positiven Wachstumseffekte staatlicher Banken sind in einem schwachen Regulierungsumfeld am größten. Sie nehmen mit steigender Regulierungsqualität ab und lassen sich für die zehn Prozent der Länder mit den besten Regulierungsstandards, zu denen auch Deutschland gehört, gar nicht mehr nachweisen. Staatliche Banken können somit als ein effektiver Ersatz für gute Regulierung gelten. Dies ist auch für

12 Schätzungen mit *Instrumentvariablen* zeigen zudem, dass der positive Effekt von Staatsbanken auf das Wachstum sogar noch höher ist, wenn wir die Überlegung mit einbeziehen, dass sowohl der Anteil von Staatsbanken als auch das Wirtschaftswachstum durch fundamentale Probleme wie Marktversagen im Finanzsektor beeinflusst sein können. Mit diesen Schätzungen schließen wir auch aus, dass unser Ergebnis auf *umgekehrter Kausalität* beruht.

Tabelle 2

Schätzergebnisse für unterschiedliche Ländergruppen

Änderung der Wachstumsrate

	Ausgangssample	Ohne Länder mit nur staatlichen Banken	Sample von La Porta et al.	Ohne kleine Länder
Staatliche Banken 2001	0,0359***	0,0289***	0,0365***	0,0370***
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 1995 (logarithmiert)	–0,0046***	–0,0041***	–0,0044**	–0,002
Regulierungsqualität	0,0112***	0,0103***	0,01355***	0,0071**
Ehemals sozialistisch regierte Länder	0,0324***	0,0332***	0,0234***	0,0271***
Konstante	0,0519***	0,0488***	0,0479***	0,0299***
R^2	0,4265	0,4031	0,4714	0,4497
Beobachtungen	128	121	80	92

1 Regressionsanalyse (Kleinste-Quadrate-Methode, OLS) der ausgewählten Länder. Zu erklärende Variable ist das durchschnittliche jährliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf von 1995 bis 2007.

* Signifikanz auf dem 10%-Niveau, ** dem 5%-Niveau und *** dem 1%-Niveau.

Quellen: La Porta et al., *mba.tuck.dartmouth.edu/pages/faculty/rafael.laporta/publications.html*; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Staatliche Banken haben einen deutlich positiven Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung.

Länder mit überdurchschnittlicher institutioneller Qualität relevant.

Fazit

Die Untersuchung bietet wichtige Ansatzpunkte für eine Finanzmarktreform. Sie zeigt, dass staatliches Eigentum an Banken offenbar eine mangelhafte Finanzmarktregulierung kompensieren kann. Staatliche Banken können demnach eine wichtige Rolle für das Wirtschaftswachstum spielen. In Entwicklungsländern mit schwachem Regulierungsumfeld können sie bei der Mobilisierung von Ersparnissen für Investitionen in wachstumsfördernde Projekte entscheidend sein. Tatsächlich weisen Länder, in denen staatliche Banken ein relativ großes Gewicht haben, von 1995 bis 2007 im Durchschnitt ein stärkeres Wachstum auf als Länder mit nur wenigen oder gar keinen staatlichen Banken.

Zweitens lassen sich Regulierungsdefizite vielfach nicht kurzfristig beheben, sodass die *entwicklungsorientierte* Sicht auf staatliche Banken in zahlreichen Ländern noch einige Zeit von Bedeutung sein wird.[13] Auf politischer Ebene sollte die Priorität darin bestehen, die Bankenaufsicht zu reformieren, um übermäßig riskantes und kundenschädliches Verhalten der Banken einzudämmen und das Vertrauen der Bevölkerung wiederherzustellen. Die Privatisierung staatlicher Banken kann warten.

Drittens, bei der aktuellen Krisenbewältigung kann aus den Erfahrungen von Ländern mit einem hohen Marktanteil staatlicher Banken wie Deutschland gelernt werden: Es kommt immer auf das Geschäftsmodell staatlicher Banken an. Geschäftsmodelle, wie sie die Sparkassen anwenden, wirken stabilisierend. Die Geschäftsmodelle der Landesbanken dagegen müssen als problematisch gelten.[14]

13 Kane, E.: Redefining and Containing Systemic Risk. Atlantic Economic Journal, 38-3, 2010, 251–264.

14 Schrooten, M.: Landesbanken: Rettung allein reicht nicht. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 32/2009.

JEL Classification:
O16, G18, G28, K42

Keywords:
Public banks,
Economic growth,
Quality of governance,
Regulation,
Political institutions

Weekly Report DIW Berlin

No. 24/2010, August 18

Perceived Income Justice Depends on the Economy

Stefan Liebig, Peter Valet, Jürgen Schupp

At least half of all employees in Germany described their wages in all three survey years under consideration here—2005, 2007, and 2009—as just. Still, major changes occurred over this period in how people perceived their earnings. Data from the Socio-Economic Panel (SOEP) Study show that after an increase in income dissatisfaction in 2007, the percentage of the population who consider their income unjust has again decreased substantially in 2009—at 30 percent—to 2005 levels. This suggests that in times of economic crisis, people are willing to lower their earnings expectations, while in times of economic growth—like the year 2007—they expect to share in the benefits of increased prosperity. The analysis shows that it was mainly people in the low to medium income range and in particular skilled workers who perceived their net income as unjust, a perception that remained stable over time. This is partly due to the income taxes paid by these groups. In the upper income segment, in contrast, no negative effect of the income tax burden on perceived income justice is found. Finally, the results confirm previous studies indicating that even in a world in which everyone received the wages they subjectively perceived to be fair, income differences between men and women would still persist. Women's income expectations are significantly lower than men's—even within the individual occupational groups.

Weekly Report DIW Berlin

No. 25/2010, August 19

Money Predicted Spain as Football World Champion

Jürgen Gerhards, Gert G. Wagner

Historically, football experts' predictions were the only method of predicting the outcomes of championships. Former players, coaches, and nearly all fans have tried their hand at it. And most of these predictions were wrong, since subjective desires and prevailing public opinions always played a major role. In the meantime, however, reliable methods are being used to make scientific predictions. And the methods utilized are becoming more and more complex.

Weekly Report DIW Berlin

No. 26/2010, September 8

Income Polarisation in Germany is Rising

Jan Goebel, Martin Gornig, Hartmut Häußermann

Income disparities between poorer and richer households in Germany have been widening since reunification. Although this income polarisation is reduced during economically favourable periods by strong growth in employment, once the good times are over, it rises all the faster. The longer-term trend not only shows that the number of poorer households is steadily increasing, but also that on average they are getting poorer. On the flip side, the trend is toward an increasing number of richer individuals, whose average wealth is steadily increasing. This contrast is not only felt to be highly unfair, but also creates uncertainty among the middle class. Although the year of the financial crisis, 2009, saw the number of high-income households decrease, the average incomes of the remaining rich households continued to rise. As a result of job market measures, the lower income bracket has scarcely been affected by the financial and economic crisis.

Weekly Report DIW Berlin

No. 27/2010, September 8

Electric Vehicles: Charging Into the Future

Wolf-Peter Schill

Electric vehicle drives offer a number of advantages over conventional internal combustion engines, especially in terms of lower local emissions, higher energy efficiency, and decreased dependency upon oil. Yet there are significant barriers to the rapid adoption of electric cars, including the limitations of battery technology, high purchase costs, and the lack of recharging infrastructure. With intelligently controlled charging operations, the energy needs of potential electric vehicle fleets could be covered by existing German power plants without incurring large price fluctuations. Over the long term, electric vehicles could represent a sustainable technology path. In the short to mid-term, however, exceedingly optimistic expectations should be avoided, especially with respect to the reduction of greenhouse gas emissions. Electric vehicles as such will not be able to solve all current problems of transportation policy. Yet they may constitute an important component of a larger roadmap for sustainable transportation.

Fakhri Hasanov

The Impact of Real Oil Price on Real Effective Exchange Rate: The Case of Azerbaijan

Using quarterly data from 2000–2007 and applying Error Correction Model and Johansen Cointegration Approaches I estimate the impact of real oil price on the real exchange rate of Azerbaijani manat. Estimation outputs derived from these approaches are very close to each other and indicate that real oil price has statistically significant positive impact on real exchange rate in the long-run. Besides, revealed that relative price as a proxy for productivity has also explanatory power in explaining long-run behavior of real exchange rate. Estimated Error Correction Term indicates that half-life of adjustment toward long-run equilibrium level takes 3–4 quarters. Since findings of this study occur as results of high fiscal expansion my policy suggestions mainly related to Fiscal policy implementations.

Discussion Paper Nr. 1041
August 2010

Eva Sierminska, Yelena Takhtamanova

Job Flows, Demographics and the Great Recession

The recession the United States economy entered in December of 2007 is considered to be the most severe downturn the country has experienced since the Great Depression. The unemployment rate reached as high as 10.1 percent in October 2009—the highest we have seen since the 1982 recession. In this paper we examine the severity of this recession compared to those in the past by examining worker flows into and out of unemployment taking into account changes in the demographic structure of the population. We identify the most vulnerable groups of this recession by dissagregating the workforce by age, gender and race. We find that adjusting for the aging of the U.S. labor force increases the severity of this recession. Our results indicate that the increase in the unemployment rate is driven to a larger extent by the lack of hiring (low outflows), but flows into unemployment are still important for understanding unemployment rate dynamics (they are not as acyclical as some literature suggests) and differences in unemployment rates across demographic groups. We find that this is indeed a "mancession," as men face higher job separation probabilities, lower job finding probabilities and, as a result, higher unemployment rates than women. Lastly, there is some evidence that blacks suffered more than whites (again, this difference is particularly pronounced for men).

Discussion Paper Nr. 1042
August 2010

Themen des nächsten Wochenberichts:

Milchpreise

Austausch von Kundendaten

Veröffentlichungen des DIW Berlin

Data Documentation 49

Markus M. Grabka

Codebook for the $PEQUIV File 1984–2009

CNEF variables with extended income information for the SOEP

Berlin, Juni 2010

Data Documentation 50

Martin Kroh

Documentation of Sample Sizes and Panel Attrition in the German Socio Economic Panel (SOEP) (1984 until 2009)

Berlin, August 2010

Data Documentation 51

Joachim R. Frick, Markus M. Grabka, Jan Marcus

Editing und multiple Imputation der Vermögensinformation 2002 und 2007 im SOEP

Berlin, September 2010

Data Documentation 52

Joachim R. Frick, Henning Lohmann

Biography and Life History Data in the German Socio Economic Panel

(SOEP, v26, 1984–2009)

Berlin, September 2010

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Alexander Kritikos (Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion
Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion
Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat
Alexander Eickelpasch
Prof. Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805-19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis
Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz
eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Kommunikation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier

Schüssler 2008

Die Ökonomik der Bundeswehrreform

von Tilman Brück*

Es ist kein Zufall, dass eine der größten Reformen der Bundeswehr während einer der größten Wirtschaftskrisen der letzten Jahrzehnte geplant wird. Denn auch die Bundeswehr muss ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung liefern. So ließe sich eine ökonomische Betrachtung der Bundeswehrreform zusammenfassen. Dies greift aber viel zu kurz. Die Ökonomik der Sicherheit kann mehr bieten als eine umfassende Betrachtung der *fiskalischen Kosten* der Bundeswehr.

Die Volkswirtschaftslehre hilft auch beim Erfassen der *gesamtwirtschaftlichen Kosten* der Bundeswehr. Hier stehen die massiven Kosten des Wehrdienstes als Zwangssteuer, die die effektive Lebensarbeitszeit verkürzt und die Bildungsrenditen sinken lässt, im Vordergrund wie auch die makroökonomischen Kosten, die aufgrund der notwendigen Steuer- und Verschuldungslast zur Finanzierung der Bundeswehr anfallen. Außerdem bietet die Wirtschaftswissenschaft gute Erklärungen über den *ökonomischen Nutzen* einer Landesverteidigung. Besonders die Durchsetzung von Eigentumsrechten und die Wahrung des öffentlichen Gewaltmonopols sind grundlegende öffentliche Güter, ohne die langfristige Tausch- und Investitionsbeziehungen nicht möglich wären.

Die Volkswirtschaftslehre kann aber auch zu einem besseren Verständnis der *Bedrohungslage* beitragen. Die Ökonomik kann mit ihren Instrumenten untersuchen, warum Staaten Kriege führen, wer potenziell zu einem Soldaten, Rebellen oder Terroristen wird und wie massive Gewalt auf die Wirtschaft wirkt. Militärische Bedrohungen basieren immer auf einem Interessenskonflikt und auf materiellen Anreizen – beide Faktoren sind klassische Themen der ökonomischen Analyse. Obwohl die Ökonomik also viele Aspekte der äußeren Sicherheit und ihres Schutzes behandeln kann und hierzu gute Instrumente bietet, findet die ökonomische Perspektive kaum Berücksichtigung in der Debatte um die Zukunft der Bundeswehr. Warum ist das so? Drei Gründe mögen eine Rolle spielen.

Erstens dominiert in Deutschland eine klassische disziplinäre Aufteilung der thematischen Zuständigkeiten – sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik (abgesehen von dem Universalanspruch deutscher Juristen). Undenkbar, dass ein Ökonom Außen- oder ein Soziologe Umweltpolitik analysiert! Auch in der (Ressort-)Forschungsförderung gilt: jedem Gebiet und jedem Politiker sein Experte.

Zweitens gibt es immer noch zu wenig Austausch in Deutschland zwischen Praxis und Wissenschaft sowie zwischen den Ressorts in der Verwaltung. Dies zementiert die territoriale Aufteilung von Interpretationshoheiten in Wissenschaft und Politik.

Drittens ist die Datenlage zu diesem Thema miserabel. Empirische und besonders quantitative Forschung scheitert gerade in Deutschland an einem Mangel an guten Daten, die neue Erkenntnisse über die Wirkung von Unsicherheit und Sicherheitsmaßnahmen bieten können.

Solange diese Mängel nicht behoben sind, muss leider die Debatte zur Bundeswehrreform ohne einen breit getragenen ökonomischen Sachverstand auskommen.

* Prof. Dr. Tilman Brück leitet die Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin.